

**Flucht- und  
Migrationsursachen**Praxis aus Afghanistan  
und KolumbienInterview: Arbeit der  
Weltläden**Migration & Integration  
Info**

**Warum verlassen Menschen ihre  
Heimat? Die Gründe für Flucht und  
Migration sind vielfältig.**

**Liebe Leserinnen und Leser,**

die Schlagworte „Migrationskrise“ und „Flüchtlingskrise“ beherrschen derzeit die Medien und aktuelle Wahlkampfreden – häufig leider, insbesondere in der Argumentation von Rechtspopulist(inn)en, auf grob unsachliche und verzerrte Weise. Zum einen werden die Begriffe Flüchtlinge (im Sinne der Genfer Konvention) und Migranten dabei meist in einen Topf geworfen, zum anderen ist es noch die Frage, ob der Zustrom von Einwanderern tatsächlich eine „Krise“ ist. Dieses Heft mit seinen Beiträgen soll unter anderem auch dazu dienen, mehr Sachlichkeit, Klarheit und Verständnis in die Debatte zu bringen: durch die Vermittlung von Hintergrund, denn nur Fakten helfen gegen Polemik.

Abwanderung und Zuwanderung – ob von Flüchtlingen oder Migrant(inn)en – sind Phänomene, die sich von Beginn der Menschheit an durch die Geschichte ziehen, vom historischen Exodus der Juden aus Ägypten bis zu der seit Jahren anhaltenden massiven Fluchtbewegung. Dass wir heute in einer Zeit beispielloser Massmigration leben, hat zuletzt der renommierte niederländische Migrationssoziologe Hein de Haas als Mythos entlarvt: Misst man die Zahl der Migrant(inn)en an der auf 7,3 Milliarden Menschen gewachsenen Weltbevölkerung, so ergibt sich statistisch, dass der Anteil der internationalen Migrant(inn)en seit vielen Jahrzehnten nicht gewachsen ist und relativ konstant bei etwas über drei Prozent liegt. Richtig ist aber, dass die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Terror und

Vertreibung Schutz suchen, unverhältnismäßig zugenommen hat. Dies wirkt sich auch auf das humanitäre Engagement von Caritas international, dem Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, aus. Mehr und mehr wurde in den vergangenen Jahren unsere Hilfe nicht nur für Opfer von Naturkatastrophen nötig, sondern auch für Opfer menschengemachter Katastrophen – Krieg, Terror und Vertreibung. Diese Hilfe geschieht überwiegend in den Herkunfts- und ihren unmittelbaren Nachbarländern. Bleiben doch die meisten von (Bürger-)Krieg, politischer Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen betroffenen Menschen in der Regel möglichst nah an ihrem Zuhause beziehungsweise fliehen ins Nachbarland. Die Hauptlast von Flucht und Vertreibung tragen somit die armen und ärmsten Staaten der Erde. Vier von fünf Flüchtlingen weltweit finden laut UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, Zuflucht in einem Entwicklungsland.

Wenn politische Systeme – wie aktuell in Syrien – versagen, steht Caritas international fest an der Seite der betroffenen Menschen. Gemeinsam mit unseren Caritas-Partnern in Jordanien, im Libanon und in der Türkei versorgen wir syrische Flüchtlinge mit Lebensmitteln, Kleidung, Hygiene- und Haushaltsartikeln, helfen mit Mietzuschüssen, bieten psychologische Unterstützung an und fördern den Schulbesuch von Flüchtlingskindern. Auch in Syrien selbst leisten unsere Partner – oft unter Einsatz ihres Lebens – humanitäre Hilfe. Aber auch außerhalb politischer Krisengebiete arbeiten wir daran, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. In Kenia und Äthiopien, wo es immer wieder zu verheerenden Dürren kommt, legen wir gemeinsam mit unseren Partnern und den Menschen vor Ort Was-

serrückhaltebecken, unterirdische Staudämme und Zisternen an. Sie helfen, das Wasser länger vorzuhalten und damit die Folgen der Trockenheit abzumildern. So vielfältig die Caritas-Hilfen auch sein mögen: Es ist vorrangig die Aufgabe nationaler Regierungen und der internationalen Gemeinschaft, Verhältnisse zu schaffen, in denen Menschen sicher leben und Perspektiven für ihre Zukunft entwickeln können.

Dabei sollten wir nicht vergessen, dass es immer wieder westliche Staaten sind, die ursächlich an Flucht und Migration beteiligt sind. Sei es durch Waffenexporte, durch das Leerfischen afrikanischer Küstengewässer und die damit verbundene Zerstörung regionaler Märkte. Oder sei es durch „Landgrabbing“, wobei internationale Konzerne riesige Anbaugelände in Afrika, Asien und Lateinamerika erwerben, um sie für die Nahrungs-, Futtermittel- oder Energiepflanzenproduktion zu nutzen.

Es zeigt sich, dass die Themenbereiche Migration, Flucht und deren Ursachen nicht mit einfachen Schlagworten abgehandelt werden können, sondern in ihrer Komplexität eine differenzierte Betrachtung nötig machen. Möge dieses Heft dazu beitragen, sie zu fördern.

Ihr Oliver Müller



**Dr. Oliver Müller**  
*Leiter Caritas international  
 beim DCV in Freiburg  
 E-Mail: oliver.mueller@  
 caritas.de*

## „Fluchtursachenbekämpfung“

### Ein erfolgversprechendes globales Zukunftskonzept?

„Fluchtursachenbekämpfung“ gilt weithin als ein migrations- und entwicklungspolitisches Zukunftskonzept. Kaum jemand vermag sich der auf den ersten Blick bestechenden Logik zu entziehen, ein effektives und nachhaltiges Mittel im Umgang mit den Fluchtbewegungen der Welt sei die Beseitigung ihrer Ursachen. Europäische Union und Bundesregierung haben dazu in den vergangenen Monaten umfangreiche Maßnahmenkataloge vorgelegt. Nicht zuletzt deshalb ist der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für 2017 erheblich gewachsen und erreicht ein Rekordniveau von acht Milliarden Euro.

Die Vorstellungen der EU, ihrer Mitgliedstaaten, aber auch diverser Nichtregierungsorganisationen und vieler Expert(inn)en beziehen sich auf die unterschiedlichsten Aspekte: Sie reichen von kleinen Einzelprojekten zur Sicherung der Wasserversorgung an einem Ort

bis hin zu Konzepten, die einen grundlegenden Umbau der Entwicklungszusammenarbeit vorsehen und ein globales „Migrationsmanagement“ begründen wollen. Sie verweisen auf sicherheitspolitische Maßnahmen, die die Intervention in Krisenzonen beinhalten, oder auf diplomatische Aktivitäten, die Konflikte beenden oder verhindern wollen. Sie beschreiben handels-, wirtschafts- beziehungsweise entwicklungspolitische Projekte, die ökonomisches Wachstum in Afrika oder Asien fördern und auf diese Weise Menschen dazu bewegen sollen, ihre Herkunftsgebiete nicht zu verlassen. Sie zielen darauf, Transitbewegungen zu steuern, umzulenken beziehungsweise aufzuhalten oder durch Beratung oder Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen potenzielle Migrant(inn)en vom Bleiben in der Heimat zu überzeugen. Auf eine kurze Formel gebracht: Immobilisierung durch politische Stabilisierung, Konfliktbegrenzung und Wirtschaftswachstum.

Auffällig ist, dass das Zukunftskonzept „Fluchtursachenbekämpfung“ Erwartungen formuliert, aber nicht auf die Erfahrungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte zurückgreift: Flucht ist bekannt-

lich kein neues Thema. Und intensive Debatten um die „Bekämpfung von Fluchtursachen“ gab es schon nach dem Ersten Weltkrieg. „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge schützen“ lautete bereits 1991 das Motto des im Rahmen der Interkulturellen Woche abgehaltenen „Tags des Flüchtlings“. Vor allem die 1990er-Jahre waren eine Hochphase des Nachdenkens über das „Bekämpfen der Fluchtursachen“. Tatsächlich sind die Erfahrungen ernüchternd. Inwiefern und warum?

Fluchtbewegungen lassen sich dann ausmachen, wenn staatliche oder quasi-staatliche Akteure (Über-)Lebensmöglichkeiten und körperliche Unversehrtheit, Rechte, Freiheit und politische Partizipationschancen von Einzelnen oder Kollektiven so weitreichend beschränken, dass diese sich zum Verlassen ihres Lebensmittelpunkts gezwungen sehen. Meist stehen Kriege, Bürgerkriege, Staatszerfall und Maßnahmen autoritärer politischer Systeme dahinter. Die vergangenen Jahre und Jahrzehnte bieten in großer Zahl Beispiele, wie schwierig es vor dem Hintergrund ausgesprochen unterschiedlicher Interessen verschiedenster beteiligter Akteure ist, Konflikte zum Stillstand zu bringen und Friedenslösungen zu finden. Die weltweit umfangreichsten Fluchtbewegungen sind Ergebnis von Konflikten, die seit Jahren oder Jahrzehnten laufen: Afghanistan, Irak, Somalia, Kongo ... 41 Prozent der unter dem Mandat des UNHCR stehenden Flüchtlinge leben in sogenannten Langzeitsituationen, die durchschnittlich seit 26 Jahren andauern.

Weltweit herrscht Einigkeit, dass es dringend geboten ist, zwischen- und innerstaatliche bewaffnete Auseinandersetzungen zu verhindern, ihre Folgen zu begrenzen und friedliche Konfliktlösungsstrategien zu forcieren. Eine globale Friedensordnung aber ist nicht in Sicht. In den vergangenen fünf Jahren hat sich vielmehr die Zahl der militärischen Konflikte erhöht, ebenso die Zahl der Opfer und der Umfang der materiellen Kosten. Humanitäre Hilfe für die Opfer von Kriegen und das Bemühen um den Schutz der Betroffenen haben folglich nichts an ihrer Bedeutung verloren.

Fluchtbewegungen waren in der Vergangenheit und sind in der Gegenwart ein Normalfall der Weltgesellschaft. Das Bemühen um die Verhinderung und Stilllegung von Konflikten kann daher auch für die Zukunft nicht bedeuten, den Schutz von Flüchtenden zu vernachlässigen. Im Gegenteil: Die vergangenen Monate haben erneut die enormen Defizite deutlich werden lassen, die die nationalen, regionalen und globalen Schutzregime aufweisen. Nur eine Weiterentwicklung der seit langem bestehenden Schutzmechanismen (Reform der Genfer Flüchtlingskonvention, Resettlement) und eine Stärkung der Akteure des Schutzes versprechen neue Perspektiven für von Gewalt Bedrohte, Fliehende oder Geflohene – aber auch für die Gesellschaften, die Schutz gewähren.

Die Vorstellung, durch Projekte zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums Menschen immobilisieren zu können, ignoriert die Erkenntnisse der Migrationsforschung über die Hintergründe von Migration. Ein Großteil der weltweiten Bewegungen finden nicht

deshalb statt, weil Menschen im Elend leben und dem zu entfliehen suchen. Unzählige Forschungsergebnisse machen vielmehr deutlich, dass Armut und Not die Handlungsmacht von Menschen beschränken, Migration be- oder sogar verhindern. Ein großer Teil der Menschen in den ärmsten und armen Gesellschaften der Welt kann keine Bewegung über größere und große Distanzen absolvieren, weil Migrationsprojekte immer kostspielig sind. Entwicklungszusammenarbeit kann das Ziel verfolgen, Notlagen zu beseitigen, die Gesundheitsversorgung zu verbessern, den Bildungssektor zu stärken, die wirtschaftliche Produktion zu erhöhen, internationale Wettbewerbsfähigkeit herzustellen und Rechtssicherheit zu verbessern. Aber sie wird nicht substantiell dazu beitragen können, dass Menschen die Vorstellung verlieren, andernorts gäbe es für sie Chancen, die sie durch Bewegungen im Raum für sich erschließen können. Wäre Migration ein soziales Phänomen, das nur aus der Not geboren ist, gäbe es nicht die umfangreichen Bewegungen zwischen den Staaten des reichen globalen Nordens der Welt.

Die Fokussierung auf die „Bekämpfung von Fluchtursachen“ könnte mithin die Entwicklung von Ideen und Maßnahmen be- oder verhindern, Schutzregime zu verbessern. Und sie könnte Entwicklungszusammenarbeit, noch stärker als es ohnehin schon gilt, auf die Interessen ausschließlich der „Geberländer“ ausrichten. Ein erfolgversprechendes globales Zukunftskonzept wäre das nicht.

**Prof. Dr. Jochen Oltmer**

*Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung  
und Interkulturelle Studien (IMIS)*

Bild CV Osnabrück



Flucht- und Migrationsursachen sind vielfältig – entscheidend ist das gute Ankommen. Im Bild ein Info-Angebot der Caritas Osnabrück für Migrantinnen, das Tipps zum Alltagsleben in der Stadt vermittelt.

**Praxis****Wirksames Rezept oder nur politisches Placebo?****Beispiel aus Afghanistan**

Das Rezept zur Vermeidung von Migration und Flucht scheint eigentlich ganz einfach: die Lebensumstände der Menschen vor Ort verbessern, Krisen und Konflikte eindämmen helfen, so dass die Betroffenen nicht mehr gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Die Bekämpfung von Fluchtursachen hat sich die Politik mittlerwei-

le zu einer Hauptaufgabe gemacht. Auf der Website des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist darüber zu lesen: „Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise haben für die deutsche Entwicklungspolitik höchste Priorität.“<sup>1</sup> Immerhin mehr als drei Milliarden Euro hat das BMZ für „die Minderung von strukturellen Fluchtursachen, die Unterstützung von Flüchtlingen und die Stabilisierung von Aufnahmeregionen“ 2016 zur Verfügung gestellt.<sup>2</sup>

Ein wichtiges Land dabei ist Afghanistan: Über Jahrzehnte brachte es aufgrund seiner politischen und militärischen Konflikte und

**NACHGEFRAGT****„Bevor du heute dein Frühstück beendet hast, warst du auf die halbe Welt angewiesen“**

Bild Helen Jilavu



**Flucht- und Migrationsursachen scheinen ein Thema für die „große“ Politik zu sein. Aber kann man auch als Einzelne(r) einen Beitrag leisten, dass die Welt ein Stück weit gerechter wird und Konflikte in anderen Weltregionen vermieden werden? Kann unser Verhalten den Migrationsdruck auf Menschen in anderen Weltregionen beeinflussen? Darüber**

**spricht Raphael Bolay vom Deutschen Caritasverband mit Christoph Albuschkat, Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim Weltladen-Dachverband e. V.**

**Derzeit wird intensiv über Flucht- und Migrationsursachen diskutiert. Unter diese Begriffe lässt sich manches fassen, was die Weltläden seit langem beschäftigt. Wie sehen Sie diese Diskussion?**

Die Arbeit der Weltläden zielt darauf ab, marginalisierten Menschen im Globalen Süden Perspektiven für ein besseres Leben zu schaffen. Mit seinen Instrumenten wie einem festen Mindestpreis für viele Produkte, langfristigen Handelsbeziehungen und Beratungsleistungen erreicht der Faire Handel weltweit rund 2,5 Millionen Produzent(inn)en und ihre Familien. Ihnen sichert der Faire Handel ein Auskommen in ihrer Heimat und reduziert somit den Druck, ihr eigenes Land zu verlassen, um sich in anderen Regionen Einkommensmöglichkeiten zu suchen. Die Fluchtbewegungen, über die seit zwei Jahren in den Medien berichtet wird, haben ihre Ursachen vor allem in Bedrohungen durch Bürgerkriege und Terrorregime. Um diese Fluchtursachen kurzfristig zu bekämpfen, ist der Faire Handel nicht der richtige Akteur.

**Kann unser Verhalten in Deutschland Flucht- oder Migrationsbewegungen andernorts auslösen? Können Sie diesen Mechanismus anhand eines Beispiels erläutern?**

In unserer globalisierten Welt haben Entscheidungen in einem Land unmittelbare Auswirkungen auf andere Länder. Gerade Kaufentscheidungen haben großen Einfluss auf die Art und Weise, wie Waren am anderen Ende der Welt produziert werden. Martin Luther King hat einmal gesagt: „Bevor du heute Morgen dein Frühstück beendet hast, warst du auf die halbe Welt angewiesen.“ Löhne, die die Lebenshaltungskosten nicht decken, menschenunwürdige Arbeitsbedingungen und ausbeuterische Kinderarbeit führen nicht nur dazu, dass die betroffenen Menschen versuchen, dieser Perspektivlosigkeit zu entfliehen. Durch diese strukturell angelegten ausbeuterischen Wirtschaftsbeziehungen steigt auch die Gefahr der politischen Instabilität bis hin zu Bürgerkriegen, die ihrerseits dann Fluchtbewegungen auslösen.

**Wie kann ich als Verbraucher dazu beitragen, dass weniger Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen?**

Ein wichtiges Instrument sind unsere Konsumententscheidungen. Mit unserem täglichen Einkauf von Waren und Dienstleistungen bestimmen wir mit, wie diese produziert werden und wer davon profitiert. Das gilt im lokalen gleichermaßen wie im globalen Kontext: Kaufe ich ein Buch im Buchladen, profitiert davon die Buchhändlerin, kaufe ich es im Internet, profitiert je nach Anbieter gegebenenfalls ein global agierender Konzern. Genauso kann der Kauf eines Päckchens Kaffee ausbeuterische Verhältnisse auf großen Kaffeepflanzungen unterstützen oder aber selbstbestimmte Strukturen in einer Kaffeekooperative. Der Faire Handel steht mit seinem breiten Produktsortiment für einen Konsum, der Perspek-

Verwerfungen immer wieder Fluchtbewegungen hervor, die sich vor allem in die Nachbarländer Iran und Pakistan richteten. Dort fanden viele geflüchtete Afghan(inn)en eine provisorische oder zum Teil auch eine permanente „zweite Heimat“. In Pakistan leben heute etwa 1,6 Millionen, im Iran 950.000 von insgesamt geschätzten 2,7 Millionen Afghan(inn)en auf der Flucht (Stand 2015).

Diese Flüchtlingswellen erreich(t)en immer wieder auch Europa, natürlich auch Deutschland. Ende 2015 zählte das Statistische Bundesamt 131.454 hier lebende Afghan(inn)en.<sup>3</sup> Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres baten 5613 Menschen aus Afghanistan in

Deutschland um Asyl. Sie sind nach den syrischen Flüchtlingen die zweitgrößte Gruppe von Antragssteller(inn)en.<sup>4</sup> In Anbetracht dieser Situation ist die Politik bemüht, den Menschen in Afghanistan eine langfristige Bleibeperspektive mit aufzubauen. Im Laufe dieses Jahres fließen 416 Millionen Euro aus dem Haushalt des BMZ<sup>5</sup> in das Land am Hindukusch, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern.

Das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, Caritas international (Ci), ist seit mehreren Jahrzehnten bereits in Afghanistan tätig und arbeitet kontinuierlich daran, den Menschen vor Ort Perspekti-

tiven schafft. Wichtig ist aber auch, sich auf politischem Weg dafür einzusetzen, dass internationale Handelsbeziehungen so gestaltet werden, dass sie die Menschenrechte achten und kleinbäuerliche Strukturen fördern. Die politischen Kampagnen der Weltläden bieten Möglichkeiten, seine Stimme zur Unterstützung dieser Veränderungen zu erheben.

**Menschen sollen mehr Geld ausgeben, auf Dinge verzichten oder zusätzliche Zeit investieren. Welche Ansatzpunkte sehen Sie, Menschen hiervon zu überzeugen?**

Als Weltladen-Bewegung sehen wir eine große Chance darin, den Begriff der Gerechtigkeit neu mit Inhalt zu füllen und positiv zu besetzen. Denn wir haben viele positive Botschaften zu kommunizieren: attraktive Produkte, die Freude bereiten, Erfolgsgeschichten über Handelspartnerschaften, von denen alle Seiten profitieren, und viele Möglichkeiten, über gesellschaftliches Engagement die Globalisierung mitzugestalten. Ein Clip von uns ([www.youtube.com](http://www.youtube.com), Suchwort „Weltladen-Film“) macht das sehr anschaulich. Hierzulande sind Weltläden – wie alle Bürger(innen) und gesellschaftlichen Akteure – darüber hinaus gefordert, einer diffusen Angst vor zum Beispiel Geflüchteten mit Fakten entgegenzutreten. Denn in einem von Angst geprägten Klima ist es schwierig, Menschen zu Empathie gegenüber Hilfsbedürftigen zu bewegen.

**Neben Einzelpersonen haben auch Unternehmen Einfluss auf die Lage in anderen Weltregionen. Wie bewerten Sie deren Beitrag zu einer friedlichen und gerechteren Welt, beziehungsweise was müssten deutsche Konzerne aus Ihrer Sicht zukünftig tun?**

Global agierende Konzerne haben in der Tat einen großen Einfluss auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ländern, in denen sie ihre Waren produzieren lassen. Immer mehr Unternehmen stellen sich dieser Verantwortung und führen ent-

lang ihrer Lieferkette Verbesserungen ein – sei es bei der Arbeitssicherheit, der Entlohnung oder der Mitbestimmung. Diese Schritte reichen allerdings bei weitem nicht aus, und es ist auch fraglich, ob freiwillige Maßnahmen überhaupt ausreichen können. Im Übrigen ist ein nachhaltiges Handeln auch ökonomisch sinnvoll. Nur wenn zum Beispiel Kaffeebauern und -bäuerinnen für ihre Ware ausreichend entlohnt werden, sind sie in der Lage, ihre Pflanzungen instand zu halten und dauerhaft gute Qualität zu liefern.

**Themen wie Waffenexporte und unfaire Handelsbeziehungen fordern auch die Politik. Was erwarten Sie diesbezüglich von den politisch Handelnden in Deutschland und Europa?**

Antworten darauf liefert die aktuelle Kampagne der Weltläden, in der wir Forderungen und Visionen für eine lebenswerte Zukunft in den Mittelpunkt stellen. Grundsätzlich: Viele Initiativen der deutschen und europäischen Außenpolitik zielen darauf ab, Flucht zu bekämpfen, aber nicht die Fluchtursachen – Stichworte: Frontex und die geplanten Auffanglager in Nordafrika. Auch zahlreiche Handelsabkommen führen dazu, dass intakte kleinbäuerliche Strukturen zerstört werden, weil subventionierte Agrarüberschüsse aus der EU auf afrikanische Märkte strömen. Mit ihrem Ende 2016 verabschiedeten Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte hat die Bundesregierung leider eine große Chance vertan, Unternehmen für die Auswirkungen ihres Handelns stärker in die Pflicht zu nehmen. Geradezu zynisch ist es, wenn nun auf Drängen der USA diskutiert wird, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, wenn es die Bundesregierung seit 40 Jahren nicht schafft, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent zu steigern.

ven zu geben. Aktuell realisiert Ci gemeinsam in einem Kooperationsvorhaben mit der amerikanischen Caritas „CRS“ und dem holländischen Caritasverband „Cordaid“ ein Projekt, das sich dem Ziel der „Verringerung von Fluchtursachen durch die Stärkung der Existenzgrundlagen“ verschrieben hat; finanziert werden die Hilfen aus Mitteln des BMZ. Zweieinhalb Jahre lang werden die Mitarbeitenden vor Ort die Hilfsbedürftigen gezielt unterstützen.

Das Projektgebiet ist riesig: „Wir sind in fünf Provinzen unterwegs, in Balkh, Daikundi, Ghor, Bamyan und Herat“, berichtet die zuständige Programmverantwortliche von Caritas international in Kabul, Heike Wintershoff. Die Menschen in diesen Regionen leben unter schwierigsten, ärmlichen Verhältnissen: Das Klima ist schroff, die Gegenden sind abgeschieden und besonders in den Wintermonaten gar von jeglicher Verbindung abgeschnitten. Es gibt keinen Strom, keinen gesicherten Zugang zu Wasser und kaum medizinische Versorgung. Zudem: Die Ernährungssituation ist prekär, vor allem Kinder unter fünf Jahren sind vielfach unterernährt, und die Kindersterblichkeit ist hoch. Dürren und ihre Folgen haben die Situation in den vergangenen Jahren weiter verschärft. „Viele Menschen verlassen daher diese Regionen und wandern in die Städte ab, beispielsweise nach Kabul.“

Das Projekt möchte diese Abwanderung verhindern oder zumindest eindämmen, die Möglichkeiten der Menschen für ein gutes und auskömmliches Leben verbessern. „Wir gehen dabei ganz praktisch vor“, erzählt Heike Wintershoff. „In allen 118 Gemeinden, die zum Projekt zählen, gibt es sogenannte Feldschulen, in denen wir zusammen mit den Menschen konkret erarbeiten, wie es besser gehen könnte.“ Ziel ist vor allem, die Ernährungssituation langfristig zu sichern und grundlegend zu verbessern. Dabei werden Felder nach alten Anbaumethoden und mit traditionellen Weizensorten bestellt. Die Ernteergebnisse werden dann mit jenen Feldern verglichen, auf die neue Sorten mit alternativen Anbaumethoden ausgesät wurden. Wichtig ist hier, dass keine neuen Abhängigkeiten (beispielsweise von teuren Pestiziden) entstehen, sondern wirkliche langfristige Verbesserungen erzielt werden. „Die Resultate sind so eindeutig gewichtet, dass die Menschen sehr schnell die neue Art der Methoden akzeptieren und diese dann selbst praktizieren.“ Ein wichtiges Prinzip der Hilfe. „Wir können und wollen nicht etwas gegen die Menschen einführen, sondern nur mit ihnen“, betont Heike Wintershoff das grundlegende Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe.

Das ist nicht immer ganz einfach, aber die Akzeptanz wächst mit den sichtbaren Erfolgen, die sich vielfach erst einstellen müssen. Denn das Projekt ist noch jung. Es startete erst im August des vergangenen Jahres. Und die Kooperation mit den Autoritäten der Gemeinden, mit der jeweiligen Schura, ist wichtig. Heike Wintershoff nennt dafür ein Beispiel: „Kleinkredite, die wir im Rahmen des Projekts vergeben, werden dadurch sicherer zurückbezahlt“, meint sie. Eine gute Zusammenarbeit mit den führenden Persönlichkeiten erhöhe die soziale Kontrolle und mache die Projektabwicklung leichter.

Ermutigend seien die Arbeit mit den Frauen und die Unterstützung durch ihre Männer, erzählt Heike Wintershoff. So berichten Frauen aus zwei sogenannten Frauenkreditgruppen, deren Mitglieder autonom 10.000 Euro verwalten und als Kleinkredite vergeben können, wie ihre Ehemänner sie unterstützten, zum Beispiel, um eine Kuh zu kaufen, die die Ernährungs- und Einkommenssituation der Familien verbessern soll. „Eine Haltung, mit der ich so nicht unbedingt gerechnet hatte“, gesteht Heike Wintershoff. Aber eine, die Hoffnung macht, so wie jene Begegnung mit Hussain (Name von der Redaktion geändert), der nach fünf Jahren in Kabul wieder mit seiner Familie nach Bamyan zurückgekehrt ist. „Die Zeit in der Hauptstadt war für ihn nicht einfach. Er hat sich entschieden, in seine Heimatgemeinde zurückzukehren. Das Projekt kann diese Rückkehr erleichtern – ob es ausreicht, um ihn auf Dauer zum Bleiben zu bewegen, ist eine andere Frage“, gibt Heike Wintershoff zu bedenken. Eine Antwort darauf hat sie nicht, noch nicht: „Das Projekt kann vielleicht helfen, das Leben der Menschen hier zu verbessern, doch ob es ihren Weggang künftig verhindert, ist noch offen.“ Es hängt von vielen Umständen ab, auf die die Arbeit von Ci nur bedingt Einfluss hat: Selbst wenn in Afghanistan morgen Frieden herrschte, so ist es ein zutiefst armes Land, das seine stark wachsende Bevölkerung kaum ernähren kann.

**Reiner Fritz**

*Pressereferent, Öffentlichkeitsarbeit bei Caritas international*

**Ivo Körner**

*Länderreferent für Afghanistan bei Caritas international*

## Anmerkungen

1. [www.bmz.de/de/themen/Sonderinitiative-Fluchtursachen-bekaempfen-Fluechtlinge-reintegrieren/deutsche\\_politik/index.jsp](http://www.bmz.de/de/themen/Sonderinitiative-Fluchtursachen-bekaempfen-Fluechtlinge-reintegrieren/deutsche_politik/index.jsp)
2. *Ebd.*
3. STATISTISCHES BUNDESAMT: *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung, Fachserie 1 – Fachreihe 2*, 2015, S. 41.
4. BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE, *Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe März 2017*, S. 8.
5. *Quelle: BMZ.*

## Der Frieden ist besiegelt – die Gewalt bleibt

### Beispiel aus Kolumbien

In den zurückliegenden 53 Jahren mussten 6,9 Millionen Kolumbianer(innen) vor dem Bürgerkrieg fliehen. Nur in Syrien sind noch mehr Menschen innerhalb der Grenzen ihrer Heimat auf der Flucht. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der größten Guerilla des Landes, der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia), und dem kolumbianischen Staat verbinden sich nun jedoch Hoffnungen auf die Rückkehr der Gewaltopfer in ihre Heimat. Daran ist aber bislang nur für wenige Geflüchtete zu denken. Die Caritas muss weiterhin für ihre Rechte und den Schutz der Zivilbevölkerung kämpfen.

„Der Friedensvertrag ist unterschrieben – aber wo bleibt der Frieden?“ Das fragen sich weite Teile der kolumbianischen Bevölkerung. Denn Kolumbien wurde seit Unterzeichnung des Abkommens mit der FARC von einer neuen Welle der Gewalt erfasst. Zwar sind rund 7000 FARC-Kämpfer in sogenannte Befriedungszonen umgezogen, um dort ihre Waffen abzugeben und die Wiedereingliederung in die Zivilgesellschaft voranzutreiben. Dennoch müssen weiter Menschen fliehen, weil andere bewaffnete Gruppen wie rechte Paramilitärs und die linke ELN-Guerilla in den ehemaligen Hoheitsgebieten der FARC nun um die Vorherrschaft kämpfen.

Schätzungen zufolge sollen auch nach Niederlegung der Waffen durch die FARC noch immer in 338 Gemeinden bewaffnete Gruppen die Bewohner terrorisieren, das entspricht einem Drittel aller Kommunen des Landes. Leidtragende sind vor allem Zivilist(inn)en: Vier von fünf Gewaltopfern sind einfache Menschen: Bauern, Lehrer oder Handwerker. Um ihr Leben fürchten müssen insbesondere jene, die ihre eigenen oder die Rechte anderer einklagen. Zum Beispiel Kleinbauern, die auf Grundlage des Opfergesetzes („Ley de Víctimas y Restitución de Tierras“) ihr Land zurückfordern. Die Gewalt richtet sich aber auch gegen Bürgermeister und Stadträte, Rechtsanwälte und Menschenrechtsaktivisten.

Die Lebenssituation der Binnenflüchtlinge ist nach wie vor schlecht: Nicht wenige von ihnen sind drei- bis viermal vertrieben worden. Sie leben viermal so oft in extremer Armut wie der Rest der Bevölkerung, und nur rund elf Prozent von ihnen können mit festem Vertragsverhältnis einer Beschäftigung nachgehen. 60 Prozent von ihnen sind in die Slums der 25 großen Städte Kolumbiens geflohen, wo sie sich in ihrer Randexistenz in extrem prekären Verhältnissen eingerichtet haben, ohne überhaupt noch als Binnenflüchtlinge wahrgenommen zu werden.

Vom Staat gibt es bislang keinerlei koordinierte Strategie für diese Entwurzelten. Das staatliche Engagement konzentriert sich derzeit auf die ländlichen Gebiete, aus denen die FARC sich zurückzieht. Das macht durchaus Sinn, allerdings drohen so die Binnenflüchtlinge, die sich in ihrer überwiegenden Mehrheit in den Städten angesiedelt haben und nicht gewillt sind, in ihre ursprüngliche Heimat zurückzukehren, von Unterstützungen ausgeschlossen zu werden.

Es gibt zudem bis heute noch keinen umfassenden strategischen Plan des Staates für die Binnenflüchtlinge, wie der Beauftragte des UNHCR, Martin Gottwald, beklagt. Ebenfalls ungeklärt ist das Schicksal der 360.000 Menschen, die zum Beispiel nach Ecuador und Costa Rica geflohen sind. Ausgehandelte Abkommen mit den Aufnahmeländern oder dem UNHCR gibt es bislang ebenfalls keine. In der Praxis zielt das Wirken des Staates weitgehend auf die einmalige Unterstützung denn auf die langfristige Reintegration der Betroffenen ab.

Kleine Hoffnungsschimmer gibt es immerhin bei den Bemühungen, die in den vergangenen Jahrzehnten mit Waffengewalt betriebene gigantische Umverteilung des Landbesitzes von Kleinbauern zu

Großgrundbesitzern zurückzudrehen. Mehr als 60 Prozent der Flächen in Kolumbien befinden sich in Händen von 0,4 Prozent der Bevölkerung. Für etwa 65 Prozent des Landes gibt es keine verbrieften Landtitel. Immerhin konnten nun aber erste Kleinbauern, die mit Morddrohungen und Gewalt von ihrem Land vertrieben worden waren, ihre Fincas wieder in Besitz nehmen. Doch jeder Erfolg ist hart erkämpft. Auf dem Feld, in Parlamenten, bei Behörden und vor Gericht. Beistand erhalten die Betroffenen in ihrem Kampf zum Beispiel von den lokalen Caritasverbänden oder dem kirchlichen Zentrum für Forschung und Bildung. Doch bislang sind von den geschätzt acht Millionen Hektar zwangsenteigneter Fläche laut der kolumbianischen Behörde für die Landrückgabe nicht mehr als 200.000 Hektar zurückgegeben.

Doch wer um sein Land und sein Recht kämpft, riskiert vielerorts sein Leben: 71 Menschen, die ihre Landtitel einforderten, wurden zuletzt ermordet. Widersacher sind zum Beispiel kriminelle Unternehmer, Drogenhändler und illegale Schürfer von Bodenschätzen. Aber auch auf anderer Ebene formieren sich einflussreiche Interessengruppen aus Wirtschaft und Politik gegen die Landrückgabe. Paramilitärische Gruppen agieren oftmals in deren Interesse und mit stillschweigendem Einverständnis von Mitgliedern der staatlichen Sicherheitskräfte.

Gerade in den dünn besiedelten Regionen ist der Staat gar nicht in der Lage, das geltende Recht durchzusetzen. In der Regellosigkeit und dem Chaos gilt vielerorts das Recht des Stärkeren. Auf die katholische Kirche mit ihrer flächendeckenden Präsenz im Land kommt deshalb eine besondere Verantwortung zu. Und die Arbeit der Caritas wird auf absehbare Zeit weiterhin die ganze Breite der Hilfe für Gewaltopfer vorhalten müssen: Von der Versorgung mit Lebensmitteln und Hygieneartikeln über den physischen Schutz bedrohter Zivilist(inn)en und die psychosoziale Betreuung von Traumatisierten bis hin zur Rechtsberatung für enteignete Kleinbauern.

Der Ursprung des kolumbianischen Bürgerkrieges lag in den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der ländlichen Armut und der ungleichen Verteilung des Reichtums. Die Glaubwürdigkeit des gegenwärtigen Friedensprozesses hängt deshalb auch ganz wesentlich davon ab, wie das Unrecht der Vergangenheit aufgearbeitet wird und das Land in der Zukunft gerechter verteilt wird.

**Achim Reinke und Jonas Brenner**

*Caritas international*

## Buchtipps

### Vom Verschwinden der Menschen

Als die syrische Revolution ausbricht, feiert Amal gerade ihre ersten Erfolge als Schauspielerin und träumt von kommendem Ruhm. Zwei Jahre später wird sie im Ozean treiben, weil das Frachtschiff, auf dem sie nach Europa geschmuggelt werden sollte, untergegangen ist. Sie wird ein Baby retten, das sie fortan ihr Eigen nennen wird.

Hammoudi hat gerade sein Medizinstudium beendet und eine Stelle im besten Krankenhaus von Paris bekommen. Er fährt nach Damaskus, um die letzten Formalitäten zu erledigen. Noch weiß er nicht, dass er seine Verlobte Claire niemals wiedersehen wird. Dass er mit hundert Wildfremden auf einem winzigen Schlauchboot hocken und darauf hoffen wird, lebend auf Lesbos anzukommen. In Berlin werden sich Amal und Hammoudi wiederbegegnen: zwei Menschen, die alles verloren haben, und nun von vorn anfangen müssen.

Die Autorin, Olga Grjasnowa, wurde 1984 in Baku (Aserbaidschan)

geboren und wuchs im Kaukasus auf. 2010 wurde sie mit dem Dramatikerpreis der Wiener Wortstätten ausgezeichnet. 2011 erhielt sie das Grenzgänger-Stipendium der Robert-Bosch-Stiftung.

**Grjasnowa, Olga: Gott ist nicht schüchtern.**  
 Berlin: Aufbau Verlag, 2. Aufl. 2017, 309 S.,  
 22 Euro, ISBN 978-3-351-03665-2



## NACHGEDACHT



**Dr. Andrea Schlenker**  
 Referatsleiterin  
 Migration und Integration beim DCV  
 in Freiburg  
 E-Mail: andrea.schlenker@caritas.de

### Mut zur Wahrheit?

Eine Obergrenze für Schutzsuchende? Eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten? Viele in Deutschland und Europa sehnen sich beim Zugang von Schutzsuchenden nach

mehr Plan- und Steuerbarkeit, häufig auch nach einer Begrenzung der Zugangszahlen. So umstritten die hierfür vorgeschlagenen Maßnahmen, deren Legitimation und Wirksamkeit sind, so einhellig wird die Forderung nach einer Bekämpfung von Fluchtursachen vorgebracht. Diese Ursachen scheinen ein idealer Ansatzpunkt zu sein, um mit einem überschaubaren Ressourceneinsatz Erfolge zu verzeichnen. Und dies ohne weiterhin grausame Bilder von ertrinkenden oder gestrandeten Menschen zu produzieren. „Wenn es den Menschen in ihrer Heimat gut geht, dann müssen sie auch nicht zu uns kommen“, so die etwas naive Vorstellung, die dahintersteht. In keiner Talkshow und in keinem Forderungspapier darf daher der Kampf gegen Fluchtursachen fehlen.

Doch was steckt konkret hinter dieser Forderung? Hinterfragt man die Bekämpfung von Fluchtursachen, tritt schnell Ernüchterung ein: Versteht man darunter eine diplomatische (oder gar militärische?) Beendigung von Kriegen und Konflikten, die – wie

das Beispiel Syrien zeigt – kaum zu bewerkstelligen ist? Studien belegen, dass Bürgerkriege mit externer Einmischung besonders blutig und langwierig sind und damit große Fluchtbewegungen auslösen.

Ein anderer Hebel, jenseits von Gewalt und Konflikt, wird in den Perspektiven vor Ort vermutet, wobei man letztlich Migrationsursachen bekämpfen möchte. Können jedoch durch Instrumente der Entwicklungspolitik Wanderungsbewegungen eingedämmt werden angesichts der Tatsache, dass Entwicklung Mobilität fördert? Dieser Pfad führt schnell zur Instrumentalisierung von Entwicklungszusammenarbeit oder gar zu fragwürdigen Deals: Geld aus dem Norden gegen bessere Grenzkontrollen im Süden, die das Recht auf Auswanderung untergraben. Was also bleibt von der Schimäre Fluchtursachenbekämpfung? Neben mühsamer Diplomatie vermutlich nur der steinige Weg, uns als Staat, als Gesellschaft und als Individuen zu fragen, welchen Beitrag wir bewusst (etwa durch Waffenexporte in Krisenregionen) oder unbewusst (etwa durch unser Verhalten als Verbraucher) leisten, um Konflikte zu verschärfen oder aufrechtzuerhalten. Eine solche Fluchtursachenbekämpfung gibt es weder zum Nulltarif noch verspricht sie ein (kurzfristiges) Ende der Fluchtmigration. Ob die Politik im Wahljahr den Mut findet, diese unbequeme Wahrheit auszusprechen?

Andrea Schlenker

## IMPRESSUM

[www.caritas.de](http://www.caritas.de)

Redaktion: Dr. Andrea Schlenker (verantwortlich), Antonella Serio, Klemens Bögner  
 Karlstraße 40, 79104 Freiburg

Redaktionssekretariat: Catia Mazzocchi, Tel. 07 61/200-5 11, Fax: 200-2 11; E-Mail: migration.integration@caritas.de

Vertrieb: Rupert Weber; Tel. 07 61/200-4 20, Fax: 200-1 14 20, E-Mail: zeitschriftenvertrieb@caritas.de

Titelfoto/Montage: fotolia.de/Jamrooferpix

Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung. Herausgegeben vom Referat Migration und Integration, Deutscher Caritasverband e. V. in Freiburg

